Durch Ausbildung zum beruflichen Erfolg? Zur gesellschaftlichen Reproduktion des ‚Nützlichkeitsparadigmas' in (Aus-)Bildungsprogrammen für Geflüchtete

Lena A. Nzume und Ayça Polat

Zusammenfassung

Im Zentrum des Beitrags steht die Herstellung von ökonomistischen ‚Nützlichkeitsparadigmen' und Differenzordnungen in Institutionen und Diskursen. Dazu werden zwei auf die „Integration von Geflüchteten" ausgerichtete Projekte unter Rückgriff auf Theorien zum „marktförmigen Extremismus" sowie „racial neoliberalism" nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse diskutiert. Neben einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nützlichkeitsparadigma werden Empfehlungen für die pädagogische und sozialarbeiterische Praxis formuliert.

Schlagwörter: Integrationsparadigma, marktförmiger Extremismus, racial neoliberalism, employability

Through education to professional success? The reproduction of the economic 'utilitarian paradigm' in (vocational) education programs for refugees

Abstract

The article focuses on the production of economistic "utilitarian paradigms" and the (re)production of differences in institutions and discourses. For this purpose, we analyze two projects with the goal of "integrating refugees," drawing on theories of "market extremism" and "racial neoliberalism" and using the method of qualitative content analysis. In addition to a critical analysis of the "utilitarian paradigm," we derive recommendations for educational and social work practice.

Keywords: integration paradigm, market extremism, racial neoliberalism, employability

1. Einleitung

Die Funktionalisierung von Migration unter ökonomischen Gesichtspunkten hat in Deutschland eine lange Tradition, die sich nicht zuletzt im (zeitweisen) Einbezug migrantisch ‚Anderer' als Arbeitskräfte im Zusammenhang mit ‚Gastarbeit*innen' zeigt (vgl. Kollender/Kourabas 2020). Im Kontext der Fluchtmigration in den Jahren 2015/2016 haben diese ökonomistischen Argumentationslinien erneut Konjunktur erfahren: Migrantisch ‚Andere' stehen im Fokus von Aktivierungspolitiken eines Integrationsmanagements, das der Maxime des „Förderns und Forderns" folgt (BMWi o.J; vgl. dazu auch Kollender/Kourabas 2020.).

Bei den Maßnahmen handelt es sich zumeist um standardisierte Angebote, in denen die individuellen Bedürfnisse geflüchteter Menschen kaum Berücksichtigung finden (Stein/Weingraber 2019). Vielmehr verschränken sich in diesen Maßnahmen arbeitsmarkt- mit integrationspolitische Zielsetzungen, nach welchen Geflüchtete dem Arbeitsmarkt zugeführt werden und sich Bleibeperspektiven ‚erarbeiten' sollen. Auch das 2020 verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz betont den ökonomischen Nutzen von Zuwanderung für den „Wirtschaftsstandort Deutschland" (Bundesregierung 2020), verweist aber zugleich auf eine Trennung der Erwerbs- von der Asylmigration: „Wir wollen keine Einwanderung in die Sozialsysteme, sondern in den Arbeitsplatz. Das ist unser Ziel. Zudem können wir über diesen Weg die illegale Migration etwas zurückdrängen" (ebd.). Diese Aussage des damaligen Bundesinnenministers ist beispielhaft für „Gouvernementalitätstechniken" (Foucault 2005), die Migrationsbewegungen in erster Linie als ein Management und die ‚Auslese' von auf dem globalen Arbeitsmarkt als nützlich und qualifiziert adressierten Arbeitskräften betrachten. Die Aussage des Ministers sendet zugleich Botschaften der Abgrenzung sowie Kontroll- und Sanktionsbereitschaft. In diesem Zusammenspiel zeigt sich ein wiederkehrendes Muster europäischer Migrationspolitiken, das an Kosten-Nutzen-Kriterien orientiert ist und in der „employability" und „Integrationsbereitschaft" Einzelner die entscheidenden Kriterien für Zutritt und Verbleib sieht (Müller 2010; Kourabas 2021). Die diskursiven Semantiken des Integrationsimperativs fügen sich ein in eine zunehmende Ökonomisierung von sozialen Systemen, mit denen sich eine Verschiebung gesellschaftlicher Verantwortungsbereiche zu einer „Angelegenheit individueller Vorsorge" (Lemke 2000: 38) vollzieht. Diese Semantiken zeigen sich in der gesellschaftlichen Etablierung einer Subjektwerdung unter den Prämissen der ökonomischen Selbstoptimierung, des Wettbewerbs und der Ausbildung von Humankapital (Langner 2019: 86). Im Falle von ‚Migrationsanderen' (Mecheril 2004) werden diese etablierten ökonomistischen Selbstverständnisse von rassialisierenden Unterscheidungspraktiken durchzogen. So sind ‚Migrationsandere' in besonderer Weise gefordert, Leistungs- und Anpassungsbereitschaft zu zeigen (‚Bringschuld') (Lingen-Ali/Mecheril 2020), um darüber ihre ‚Nützlichkeit' und Daseinsberechtigung in der ‚aufnehmenden Gesellschaft' unter Beweis zu stellen.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie ökonomistische Nützlichkeitsparadigmen und Integrationsdispositive institutionell hergestellt und welche Differenzordnungen über Projekte zur „Integration" reproduziert werden. In der Analyse der Projektdarstellungen orientieren wir uns methodisch an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2012) und theoretisch an den Konzepten des „marktförmigen Extremismus" (Groß/Hövermann 2018) sowie des „racial neoliberalism" (Goldberg 2009; Kundnani 2021). Neben einer rassismuskritischen Auseinandersetzung mit dem Nützlichkeitsparadigma geht der Beitrag kursorisch auf Handlungsanforderungen ein, die sich aus den Betrachtungen für die pädagogische und sozialarbeiterische Praxis ableiten lassen.

2. Marktförmiger Extremismus und racial neoliberalism

Unter Neoliberalismus werden Veränderungsprozesse in der Sozial- und Wirtschaftspolitik verstanden, die seit Mitte der 1980er Jahre verstärkt zu beobachten sind und zur Ökonomisierung von gesellschaftlichen Systemen wie Gesundheit, Bildung und Sozialen Hilfen beigetragen haben (Lessenich 2008). Für den Bereich der ‚Integrationsarbeit' werden vermehrt politische Konzepte wie Flüchtlings- und Integrationsmanagement ausgerufen, die die (Aus-)Bildung und Akkumulation von Humankapital entlang des Nützlichkeitsparadigmas